Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/1094

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Logemann, Dr. Effertz, Ertl, Walter und Genossen

betr. **Durchführung der Beschlüsse des EWG-Ministerrats vom 15. Dezember 1964**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Verordnungen müssen vom Rat und von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Durchführung der Beschlüsse vom 15. Dezember 1964 noch erlassen werden, und zwar hinsichtlich der Marktordnungen für

   a) Getreide,

   b) Schweinefleisch,

   c) Eier,

   d) Schlachtgeflügel?

2. Bis zu welchem Termin müssen nach Ansicht der Bundesregierung die in der Antwort auf Frage 1 genannten Verordnungen spätestens verabschiedet und veröffentlicht sein, damit sich die betreffenden Wirtschaftskreise — Erzeuger, Handel, Genossenschaften und Verarbeiter — rechtzeitig auf die neuen Verhältnisse einstellen können?

3. Wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß für alle Verkäufer, Käufer und Lagerhalter für Getreide die gleichen Finanzierungsbedingungen gelten und stimmt sie der Auffassung zu, daß es eine mit dem Vertrag von Rom nicht zu vereinbarende Diskriminierung bedeutet, wenn einzelne Partnerstaaten, die besonders günstige Finanzierungsbedingungen bieten, diese allein auf die Aufnahme, Vermarktung und Lagerung der Inlandsernte beschränken?

4. Ist die Bundesregierung bereit, einer Angleichung der Getreidepreise zum 1. Juli 1967 die endgültige Zustimmung zu versagen, falls nicht sichergestellt ist, daß von diesem Termin an tatsächlich für alle Erzeuger, Händler, Genossenschaften und Verarbeiter gleiche Interventionsbestimmungen gelten, die den betreffenden Wirtschaftsgruppen mindestens zwei Monate zuvor bekannt sind?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg,
Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

5. Stimmt die Bundesregierung der von EWG-Vizepräsident Dr. Mansholt in einem Interview vertretenen Auffassung zu, daß die deutsche Frachthilfe für Getreide eine Anomalie darstellt, die beseitigt werden muß, oder wird sie darauf bestehen, daß diese Frachthilfe erst abgebaut wird, wenn auch in den übrigen Mitgliedstaaten die Bahntarife auf eine vergleichbare, den Kosten annähernd entsprechende Höhe gebracht worden sind?

6. Wird die Bundesregierung darauf bestehen, daß spätestens zusammen mit der Angleichung der Getreidepreise und mit dem Wegfall des Teilbetrages B sowie des Einschleusungspreises für Schweinefleisch auch eine Verordnung über gemeinschaftliche Interventionen auf dem Schweinefleischmarkt in Kraft tritt, um Wettbewerbsverzerrungen infolge unterschiedlicher Maßnahmen der einzelnen Länder zu verhindern?

Bonn, den 7. November 1966

Logemann
Dr. Effertz
Ertl
Walter
Busse (Herford)
Dorn
Graaff
Dr. Hellige
Jung
Freiherr von Kühlmann-Stumm
Dr. Miessner
Dr. Mühlhan
Reichmann
Sander
Spitzmüller
Wächter